

# Der Gewerkeverein

Zentralorgan und Korrespondenzblatt des Verbandes der Deutschen Gewerkevereine.

Erscheint jeden Mittwoch und Sonnabend.  
Vierteljährlicher Abonnementpreis 0,85 M.;  
bei freier Bestellung durch den Briefträger  
ins Haus 18 Pf. mehr.  
Alle Postanstalten nehmen Bestellungen an.

Herausgegeben  
unter Mitwirkung der Verbands- und Vereins-Vorstände  
vom  
**Zentralrat der Deutschen Gewerkevereine**  
(Erich Erfelenz)  
Berlin N.O. 55, Greifswalder Straße 221/223.

Anzeigen pro Zeile:  
Geschäftsanz. 25 Pf., Familienanz. 15 Pf.  
Verkehrsanz. 10 Pf., Arbeitsmarkt gratis.  
Redaktion und Expedition:  
Berlin N.O., Greifswalderstraße 221/223.  
Fernsprecher: Amt VII, Nr. 4720.

Nr. 9.

Berlin, Sonnabend, 30. Januar 1909.

Einundvierzigster Jahrgang.

## Inhalts-Verzeichnis.

Blinde Mut! — Eine Berichtigung. — Allgemeine Rundschau. — Tätigkeitsberichte der Ortsverbände über das Jahr 1908. — Gewerkevereins-Zell. — Verbands-Zell. — Anzeigen-Zell.

### Blinde Mut!

Der Born ist ein schlechter Brater. Die Wahrheit dieses Spruches zeigt sich deutlich an der Art, wie die „Deutsche Arbeitgeber-Zeitung“ die erste Fassung des Arbeitskammergesetzes in den Reichstagen bespricht. Das Scharfmacherorgan ist stets mit einem auffallenden Eifer für Arbeiterkammern eingetreten. Die Stellung der „freien“ Gewerkschaften, die sich in dieser Frage vollkommen mit derjenigen der Scharfmacher deckt, wurde von dem Blatte bei jeder Gelegenheit als die allein richtige gelobt. Daß nun der Reichstag sich in seiner Mehrheit für Arbeiterkammern ausgesprochen hat, scheint die Redaktion der „Arbeitgeber-Zeitung“ um den Rest des Verstandes gebracht zu haben. Sonst könnte man wirklich die geradezu kindischen Betrachtungen in der Nr. 4 vom 24. Januar nicht verstehen.

Interessant ist, welche Beweggründe das Unternehmerorgan den Befürwortern der Arbeiterkammern unterstellt. Die politischen Parteien haben sich nach ihm leiten lassen aus rein agitatorischen Gründen. Die Agitation für die numerische Kräftigung ihrer Fraktionen sei eine der Triebfedern zur Einbringung des Arbeitskammergesetzes gewesen. Dabei übersieht das Scharfmacherblatt völlig, daß der Arbeitskammergesetzentwurf gar nicht von irgend einer politischen Partei, sondern von der Regierung dem Reichstage vorgelegt worden ist. Aber auch die Arbeiterorganisationen, die auf dem Boden der Arbeiterkammern stehen, die sozialdemokratischen Gewerkschaften, wie die „Arbeitgeber-Zeitung“ schreibt, seien für Arbeiterkammern nur deswegen, weil sie in ihnen eine Stütze gegen ihre sozialdemokratischen Gegner zu finden hoffen. Sie glauben — so meint die „Arbeitgeber-Zeitung“ — daß sie in den Arbeiterkammern im Verein mit den Arbeitgebern die Sozialdemokraten in die Minorität drängen können.

Es sind zwar recht lähne und durch nichts bewiesene Behauptungen, welche die „Arbeitgeber-Zeitung“ hier aufstellt, aber sie sind offenbar ernst gemeint, denn das Blatt fährt fort:

„Hierin aber könnten sich die bürgerlichen Gewerkschaftler unter Umständen sehr täuschen. Denn ebenso wie zurzeit die freien Gewerkschaften und die Unternehmer zusammenstehen in der Ablehnung des Arbeitskammergesetzes, so könnten sich beide Gruppen insofern in den Arbeiterkammern wiederfinden, als sie sich in dem Bestreben einig sind, ihre Selbstverwaltung zu schützen. Die politische Richtung der freien Gewerkschaften würde hierbei kaum noch hören, da die natürliche Abneigung der Arbeitgeber, mit Sozialdemokraten zu unterhandeln, ja durch die Errichtung paritätischer Arbeiterkammern so wie so unterdrückt wird.“

Und am Schluß des Artikels heißt es:

„Das Endergebnis des Arbeitskammergesetzes, von dem sich die bürgerlichen Gewerkschaften nur wenig erhoffen, könnte also leicht zu ihrem Schanden ausfallen.“

Fürwahr ein eigenartiges Bild! „Arbeitgeber-Zeitung“ und „freie“ Gewerkschaften Arm in Arm zum Schutze der Selbstverwaltung! Die Extreme berühren sich: die Scharfmacher von rechts und links haben sich gefunden. Schon öfter haben wir auf die seltsame Erscheinung aufmerksam machen können, daß gerade in der Frage: Arbeiterkammern oder Arbeiterkammern, Großunternehmer und „freie“ Gewerkschaften dieselbe Stellung einnehmen. Uns war das stets ein Beweis dafür, daß wir uns auf dem richtigen Wege befinden, wenn wir Arbeiterkammern forderten. Auf das Verhalten der „freien“ Gewerkschaften aber wußt das enge Freundschaftsverhältnis mit den Scharfmachern ein eigenartiges Licht. Es ist in der letzten Zeit häufiger vorgekommen, daß gerade die „Arbeitgeber-Zeitung“ warme Worte der Anerkennung den „freien“ Gewerkschaften spendete. Namentlich der deutsche Metallarbeiterverband ist mehrfach Gegenstand der Lobhudeleien dieses Scharfmacherblattes gewesen. Und jetzt wird dieses Lob ausgebeutet auf die „freie“ Gewerkschaftsbewegung im allgemeinen! Da muß man doch wirklich stübzig werden. Die „freien“ Gewerkschaften behaupten immer, daß sie die allein richtigen Organisationsgebilde seien, welche die Interessen der Arbeiter wirksam vertreten. Wenn man aber beobachten muß, wie diese Gewerkschaftsrichtung von den schlimmsten Scharfmacherorganen über den grünen Klee gelobt wird, da muß man sich sagen, daß es mit der Vertretung der Arbeiterinteressen doch wohl nicht weit her sein kann. Wenn, was erfreulicherweise nur selten vorkommt, uns einmal ein Scharfmacherblatt lobt, dann steigen bei uns Bedenken auf, ob wir uns auch auf dem richtigen Wege befinden. Wenn daher jetzt die „Arbeitgeber-Zeitung“ die „freien“ Gewerkschaften wiederholt so liebevoll an ihr Herz drückt, so ist uns das ein Beweis dafür, daß diese „freien“ Gewerkschaften vielmehr den Vorteilen der Unternehmer als denen der Arbeiter dienen.

So hat denn die „Arbeitgeber-Zeitung“ mit ihren Ausführungen nicht nur sich selbst, sondern auch ihren Bufenfreunden, den „modernen“ Gewerkschaften, einen bösen Streich gespielt und sie in der Öffentlichkeit arg bloßgestellt. Manchem Arbeiter wird die dicke Freundschaft doch zu denken geben.

### Eine Berichtigung

zu unserem □-Artikel „Rentenquettchen“ in Nr. 101 des vorigen Jahrganges leidet uns Herr Prof. Windscheid auf dem Umwege über die Sächsische Baugewerkschafts-Vereinsgenossenschaft. Dasselbe lautet:

In Nr. 101 dieser Zeitschrift hat Herr Erfelenz — er hat zwar vorgezogen, seinen Namen nicht zu nennen — einen Artikel, betitelt „Die Rentenquettchen“ geschrieben, den ich als Leiter des darin angegriffenen Hermann-Hauses nicht unerwidert lassen kann. Herr Erfelenz scheint den obersten Grundsatz der Gerechtigkeit nicht zu kennen, daß man nämlich auch den anderen Teil hören soll, wenn sich jemand ungerade behandelt glaubt, sonst würde er nicht eine so völlig einseitige und nur auf Hörensagen beruhende Darstellung gegeben haben.

Ich stelle iachlich zunächst folgendes fest:

1. Ich habe den Patient Steiniger nicht um 70 Prozent, wie Herr Erfelenz sagt, sondern um 80 Prozent erwerbsunfähig geschätzt.

2. Es ist unwar, daß Steiniger habe Holz haben müssen. Wir haben ihn nur mit Meißelrugen beschäftigt und ich überlasse es dem Urteile eines jeden rechtlich denkenden Menschen, ob er diese Arbeit als schwer hinstellen will.

3. Daran, daß Steiniger, als wir ihn in ein Zimmer allein gelegt hatten, „nicht mit einem einzelnen Manne zusammen kommen durfte“ und „die anderen Patienten erst in ihre Stube mußten, wenn er einmal aussetzen mußte“, ist ebenso wenig ein Wort wahr, wie an dem Herrn Erfelenz in seiner Berufungsschrift uns anmaden, ganz aus der Luft gegriffenen Vorwurf, es wären Briefe an Steiniger geöffnet worden.

4. Steiniger ist nur zur Beobachtung im Hermann-Hause gewesen, nicht zur Behandlung; daß ich ihn als „geheilt“ bezeichnet haben soll, wie Herr Erfelenz behauptet, ist unwar.

5. Was den angeblich aus Zucht vor dem Hermann-Hause erfolgten Selbstmord des Steiniger betrifft, so muß zunächst darauf hingewiesen werden, daß Steiniger vor dem Meißelrungenamt sich bereit erklärt hat, wieder ins Hermann-Haus zu gehen und daß Herr Erfelenz sogar selbst ihm zugeredet hat, es zu tun! Wenn er nachher aus einer in seinem ganzen nervösen Zustande sich erklärenden seelischen Depression sich das Leben genommen hat, so hat dabei die Zucht von dem Hermann-Hause wohl keine ausschlaggebende Rolle gespielt und außerdem kann doch die angebliche „schlechte Behandlung“ dort nicht gar so schlimm gewesen sein, sonst würde Herr Erfelenz ihm nicht zugeredet haben, wieder ins Hermann-Haus zu gehen.

5. Endlich ist die Entscheidung des Schiedsgerichts für Arbeiterversicherung zu verneinen, die Herr Erfelenz anführt, ganz aus dem Zusammenhang gerissen. Es heißt in ihr wörtlich:

„Das Schiedsgericht hat indes bei Beurteilung des vorliegenden Falles doch auch die Frage prüfen zu sollen geglaubt, ob die Wabl der von der Berufsgenossenschaft für die Beobachtung und Begünstigung gewählten Anstalt, das Hermann-Haus in Stötteritz, für eine für den hier in Frage kommenden Fall zweckentsprechende Anstalt anzusehen ist oder nicht.“

Das Schiedsgericht hat diese Frage verneint, da die gedachte Anstalt sich im wesentlichen mit Krankenbeschäftigung und bei Steiniger ein neurassthenisches Leiden nur ganz nebensächlich in Betracht kommt, die Ursache seiner derzeitigen schweren Erwerbsbeeinträchtigung vielmehr auf verschiedene innere, durch den Unfall veranlaßte Leiden zurückzuführen ist. Zweckmäßiger würde daher jedenfalls die Einweisung des Genannten in eine medizinische Klinik, der nachzukommen sich Steiniger nie geweigert hat, gewesen sein. Diese Ansicht erscheint auch uns mehr gerechtfertigt, als die erste Rentenfestlegung bei Steiniger auf Grund eines Gutachtens des Direktors der königlichen medizinischen Klinik in Halle, welcher erst erfolgt ist. Der gedachte Direktor Professor von Wehring ist zwar vor kurzem gestorben, immerhin dürfte es auch jetzt noch für zweckmäßiger und mehr dem Geiste der sozialen Gesetzgebung entsprechend angesehen werden müssen, wenn die Berufsgenossenschaft die Einweisung wie angegeben vorgenommen hätte.“

Und nun folgt erst der von Herrn Erfelenz zitierte Satz:

„Das Schiedsgericht konnte daher die Weigerung des Steiniger, sich nach dem Hermann-Hause zum Zweck der Untersuchung zu begeben, zumal gegen die den eingewiesenen Betreuten dort zuteil werdende Behandlung ein gewisses

Mißtrauen herrscht (ob berechtigt oder nicht entzieht sich der schiedsgerichtlichen Beurteilung), für völlig unberechtigt nicht annehmen.

Was man von einer derartigen Einstellung der Tatsachen zu denken hat, überlasse ich wieder dem Urteile vorurteilsfreier Leute.

Im allgemeinen habe ich noch folgendes hinzuzufügen: Das Hermann-Haus hat als Grundprinzip die körperliche Arbeit der Insassen, einestheils zum Zwecke der Beobachtung ihrer Leistungsfähigkeit, andernteils, um sie wieder an die Arbeit zu gewöhnen. Daß es keine schwere Arbeiten sind, die verrichtet werden, geht schon aus dem Berichte des „invaliden Mannes aus Verburg“ hervor, den Herr Erkelenz anführt. Es wird mir jederzugeben, daß die Arbeitszeit sehr gering ist, abgesehen davon, daß der „invaliden Mann“ ohne alle Beschwerden und ohne Amlagen Holz gehackt hat!

Das Hermann-Haus ist bis jetzt die einzige Anstalt Deutschlands in ihrer Art. Es liegt in der Natur der Sache, daß hier ein sehr schwer zu beurteilendes und schwer zu behandelndes Krankenmaterial zusammenkommt und es ist nur menschlich, daß jeder, dem auf irgendeinem Wege seine Rente gekürzt worden ist, darüber nicht gerade sehr erheitert ist und seinen Groll an dem ausläßt, auf den er glaubt, die Schuld schieben zu müssen. Da es sich im Hermann-Hause um sehr viele Kranke handelt, wird sich naturgemäß hier dieser Groll etwas konzentrieren. Das sind Dinge, die mich sehr kalt lassen, denn gegen einen von beiden Teilen muß man bei jedem Gutachten entscheiden, entweder gegen den Versicherungsträger oder gegen den Versicherten. Ich entscheide nach pflichtgemäßem Ermessen und lasse mich von niemandem darin beirren, auch nicht von so absolut unbewiesenen Angriffen, wie denen des Herrn Erkelenz. Wenn aber immer wieder von den Versicherten die Rede ist, die ich angeblich durch meine Gutachten geschädigt haben soll, so erfordert es die Gerechtigkeit, daß auch mal von denen die Rede ist, denen ich durch meine Gutachten geholfen habe, indem ich ihnen eine höhere, oft sogar sehr viel höhere Rente verschafft habe, als bisher. Ich habe, um nur eins zu erwähnen, z. B. bei 351 Fällen, die ich für das Schiedsgericht für Arbeiterversicherung zu Weizsäcker zu untersuchen gehabt habe, zugunsten der Versicherungsträger entschieden in 59,5 Prozent, zugunsten der Versicherten in 40,5 Prozent und frage, nur auf dieses einzige Beispiel, deren sich leicht noch mehrere anführen lassen, gestützt, jeden rechtlich denkenden Menschen, ob unter diesen Umständen der von Herrn Erkelenz beliebte Ausdruck „Rentenquetschen“ gerechtfertigt ist oder nicht. Auch Herrn Erkelenz dürften die Fälle, in denen der Aufenthalt der Versicherten im Hermann-Hause ihnen eine Rentenerhöhung eingebracht hat, sehr wohl bekannt sein. Er verschweigt sie natürlich und wird dazu wohl keine guten Gründe haben!

Damit ist die Angelegenheit für mich erledigt.

Professor Dr. Windscheid, leitender Arzt des Hermann-Hauses.

Wir haben zu diesen Ausführungen des Herrn Prof. Windscheid zu bemerken:

Der Herr Professor leistet sich hier eine Reihe persönlicher Evidenzen gegen den Untersucher. Da ich nur ein Arbeiter bin, befolge ich die mir in meiner Jugend beigebrachte hausbade Regel, den sachlichen Gegner nicht persönlich anzugreifen. Ich hielt es für unfein, von Herrn Professor Windscheid etwa zu sagen: Er verschweigt sie (die Gegenstände) und wird dazu wohl seine guten Gründe haben.

In dem fraglichen Artikel des „Gewerkvereins“ hatte ich meinen Namen einfach deshalb nicht angegeben, weil es nicht üblich ist, daß die Artikel-schreiber mit ihrem Namen hervortreten. In einer ganzen Reihe anderer Blätter (u. a. „Eiche“, „Bergarbeiter“, „Westdeutsche Post“) ist derselbe Auftrag mit meiner vollen Namensunterchrift erschienen.

Und nun zu den einzelnen Punkten: Herr Prof. Windscheid will den pp. Steiniger zu 80 Prozent erwerbsbeschränkt erklärt haben. Leider ist das nur recht bedingt richtig; denn er wollte ihm nur 30 Prozent Rente gewähren. In einem Urteil des Schiedsgerichts zu Merseburg vom 16. Februar 1906 heißt es:

„Der Oberarzt, Herr Prof. Windscheid, gab sein Gutachten dabin gehend ab, daß Steiniger zwar zu insgesamt 80 Prozent erwerbsbeschränkt sei, daß davon aber nur ein Drittel als Unfallfolge angesehen werden könne.“

Dementprechend bewilligte die Berufsgenossenschaft 80 Prozent Rente, bis sich am

Schiedsgericht zwei andere Gutachter fanden, die 21. für 80 Prozent durch Unfall erwerbsbeschränkt erklärten.

Die Behauptung, St. habe Holz gehackt, ist tatsächlich ein Irrtum von uns, entstanden dadurch, daß sonst alles, was Meine hat, im Hermann-Haus hacken muß. Ob die Arbeit des Messerputzens im allgemeinen leicht oder schwer ist, kann auf sich beruhen bleiben. Denn wie St. es dabei gegangen ist, schildert er in einem Briefe an das Reichsversicherungsamt. St. fiel beim Messerputzen vom Stuhle und hätte mit dem Messer, das er in der Hand hatte, seine Mitpatienten fast verletzt. Trotzdem mußte er wieder Messer putzen, und als er Herrn Prof. Windscheid bat, ihn von dieser Arbeit zu befreien, wurde er in ein einzelnes Zimmer gesteckt usw., genau so, wie wir es geschildert.

Zu 3 haben wir dem Schiedsgericht jetzt insgesamt sechs Zeugen genannt. Der Herr Professor und wir müssen uns gedulden, bis diese Zeugen vernommen sind.

Wenn ich dem St. geraten habe, er solle wieder in das Hermann-Haus gehen, dann wollte ich damit keineswegs Herrn Prof. Windscheid mein Vertrauen zu erkennen geben. Vielmehr! Ich handelte nur in Würdigung der für St. keineswegs günstigen Rechtslage so. Hätte Steiniger den sehr weit entgegengesetzten Vergleichsvorschlag des Reichsversicherungsamtes abgelehnt, dann lag die Gefahr vor, daß der Senat dem Refus der Berufsgenossenschaft stattgab und dem St. die Rente herabsetzte. Daß ich die Behandlung der Nervenkranke — denn um solche handelt es sich — im Hermann-Hause nicht nur für schlimm, sondern sogar für sehr schlimm halte, gebe ich hiermit schriftlich. Und das werden, wie ich glaube, die schon erwähnten Zeugen beweisen.

Ob mit dem Abschnitt 5 der Verordnungsung das Urteil der öffentlichen Meinung über das Hermann-Haus gebessert wird, bezweifeln wir. Mein klar urteilender Verstand wird sich zu überzeugen vermögen, daß wir die Tatsachen entstellten hätten.

Ob für meist schwer nervenranke Arbeiter das täglich vierstündige Holzhacken eine sehr geringe Arbeitszeit ist, überlassen wir dem Urteil der Öffentlichkeit.

Daß im übrigen die Behandlungsmethode des Herrn Prof. Windscheid auch in Kreisen seiner wissenschaftlichen Kollegen als eine recht bedenkliche betrachtet wird, dürfte dem Herrn Professor selbst nicht unbekannt sein. Wir beziehen uns hier u. a. auf einen Vortrag des Herrn Prof. Soche-Freiburg auf der Wanderversammlung südwestdeutscher Neurologen und Nervenärzte, gedruckt erschienen bei Marbold in Halle. Dieser Wissenschaftler hält die Methode Windscheid mit einem Schiedsgerichtsurteil für gabelschief unzulässig. (Seite 13.)

Die Statistik des Herrn Prof. Windscheid über die durch ihn erreichten höheren Renten beweist in ihrer Allgemeinheit wenig oder gar nichts. Sie würde vielleicht erst etwas beweisen, wenn man jeden einzelnen Fall genau prüfen könnte. Recht läßt sich daraus höchstens folgern, daß die Berufsgenossenschaften noch weniger soziales Verständnis haben als der Herr Professor. Seine ganze Behandlungsmethode ist nur ausgedacht, um die Zahl der angeblich unberechtigten bewilligten Renten bei Unfallneurosen herabzubringen. Mir sind, soweit ich mich entsinne, noch keine Fälle unter die Hände gekommen, in denen Prof. Windscheid eine höhere Rente ansprach, als die Berufsgenossenschaft bewilligen wollte.

Ant. Erkelenz.

### Allgemeine Hundschau.

Freitag, den 29. Januar 1909

In der gestrigen Zentralratssitzung fand zunächst eine Aussprache statt über den Jahresbericht der Revisoren; sodann referierte der Verbandsvorsitzende Kollege Goldschmidt kurz über das neue preussische Einkommensteuergesetz und schlug folgende Resolution vor, die einstimmig angenommen wurde:

Der Zentralrat der Deutschen Gewerksvereine (D. D.) richtet an das hohe Haus der Abgeordneten die dringende Bitte, dem Beschluß seiner Steuerkommission, daß schon bei Einkommen von 1200 bis 3000 M. ein Zuschlag von 5 pCt. der Staatssteuern erhoben werden soll, die Zustimmung zu versagen.

Die von der Kommission beschlossene Erweiterung des Abnehmerprivilegs befriedigt uns nicht, denn sie bedeutet nur, daß die durch den Zuschlag von 5 pCt. eintretende neue Belastung gerade wieder ausgeglichen wird. Wir hingegen halten es für dringend notwendig, daß die Einkommensteuern bis zu 8000 M. entlastet werden. Für jede zu unterhaltende Person muß ein Abzug von 150 M.

zulässig sein. Die Einkommen bis zu 1200 M. statt bisher 900 M., müssen gänzlich steuerfrei gehalten werden.

Bei der starken Steigerung der Lebenskosten hat eine Arbeiterfamilie überaus schwer um ihre Existenz zu ringen. In sehr vielen Familien kann eine noch größere Entlastung der Lebenshaltung überhaupt nicht mehr vorgenommen werden.

Der Zentralrat empfiehlt daher, den Zuschlag von 5 pCt. erst bei Einkommen von über 3000—5000 M. zu erheben, und dann 10 pCt. usw., wie die Kommission beschlossen hat.

Es wäre eine Ungerechtigkeits, die infolge der Preissteigerung aller Lebensmittel, Wohnungen usw. notwendig gewordene Erhöhung der Beamtengehälter zum Teil auf Kosten bezahlender Teile der Bevölkerung vornehmen zu wollen, der bei kleinen Einkommen nicht minder schwer unter der Steuerlast leidet als die Beamtenklasse.

Zer trotz unseres schärfsten Widerspruches leider aufrecht erhaltenen § 23 Abs. 3 des Einkommensteuergesetzes, durch den der Arbeiter bis zum letzten Pfennig seines Einkommens zur Steuer herangezogen wird, und zwar so, daß selbst der Ueberstundenverdienst als zu versteuerndes Einkommen angesehen wird, hat schon eine so starke Mehrbelastung der Arbeiter, insbesondere in den Gemeinden mit hohen Kommunalaufschlägen herbeigeführt, daß jede neue Belastung ernstlich zurückgewiesen werden muß. Die Arbeiter werden von den indirekten Reichssteuern unverhältnismäßig viel stärker betroffen als die reicheren Zinsten. Das rechtfertigt nur noch mehr unser dringendes Verlangen, die Einkommen unter 3000 M. zu entlasten. Wir geben uns daher der Erwartung hin, daß das Abgeordnetenhaus unserem Wunsche gemäß verfährt, den geplanten Zuschlag innerhalb der genannten Grenzen ablehnt und eine ausreichende Entlastung der unteren Einkommen vornimmt.

In einem engen Zusammenhange mit der im letzten Abhate der Resolution berührten Frage steht eine Entscheidung, die der preussische Finanzminister von Rheinbaben nach den Meldungen verschiedener Tageszeitungen vor kurzem getroffen hat. Die Beamten beziehen nämlich für ihre Tätigkeit außerhalb der regelmäßigen Dienstzeit Ueberstundenvergütungen, die in der Regel die Ueberstundenvergütung unserer Industriearbeiter beträchtlich übersteigen. Eine Oberzolldirektion hatte sich nun auf den Standpunkt gestellt, daß diese Vergütungen eine Entschädigung für den den Beamten durch Verrichtung von Ueberstunden entstehenden Mehraufwand an Kleidung, Verpflegung usw. darstellen und deshalb kein steuerpflichtiges Einkommen seien. Wie die „Köln. Ztg.“ mitteilt, hat sich der Minister dieser Auffassung angeschlossen und eine dementsprechende Verfügung erlassen.

Selbstverständlich können wir den Zollbeamten diese Vergünstigung von Herzen. Was aber dem einen recht ist, ist dem anderen billig, und deshalb sollte Herr v. Rheinbaben damit einverstanden sein, daß der Verdienst für Ueberstunden auch bei den industriellen Arbeitern nicht zum steuerpflichtigen Einkommen gerechnet wird. Eine günstigere Gelegenheit, als sie sich jetzt bei der Reform des Einkommensteuergesetzes bietet, wird der Herr Finanzminister so leicht nicht bekommen.

Die Wahlrechtsverhandlungen, die das preussische Abgeordnetenhaus am Montag und Dienstag beschäftigten, sind verlaufen wie das Gornberger Schicksal. Sämtliche Anträge auf Aenderung des geltenden Wahlrechts und Neueinteilung der Wahlkreise wurden abgelehnt; nicht ein einziger fand eine Mehrheit. Selbst der national-liberale Antrag auf Einführung eines Pluralwahlrechts fand im preussischen Abgeordnetenhaus keine Majorität. Von einer gründlichen Wahlrechtsreform, wie sie das preussische Volk in seinem größten Teile verlangt, wird also in absehbarer Zeit nicht die Rede sein. Die Regierung, die sich an den Debatten sachlich nicht beteiligte, ließ nur erklären, daß sie den Verhandlungen mit Interesse folgen werde, im übrigen konnte man aus den wenigen Bemerkungen des Ministers des Innern erkennen, daß sie mit der Ausarbeitung eines Entwurfs auf Einführung eines Pluralwahlrechts sich beschäftigt. Wenn die konservativen fest bleiben, scheitert auch dieser Plan der Regierung.

Uns könnte das recht sein, denn von einem Pluralwahlrecht wollen wir ebenso wenig etwas wissen, wie von dem jetzigen Dreiklassenwahlrecht. Wir müssen darauf bestehen bleiben, daß das Reichstagswahlrecht auch für den Landtag eingeführt wird. Konzessionen kann es auf diesem Gebiete für uns nicht geben. Deshalb bedauern wir es auch lebhaft, daß die Stimmung im preussischen Abgeordnetenhaus einer gründlichen Reform des Landtagswahlrechts so ungünstig ist.

Arbeiterbewegung. In Paris ist ein Streik der Maschinensetzer ausgebrochen, so daß die Mehrzahl der Zeitungen nur mit großer Verspätung erscheinen

konate. In verschiedenen Betrieben wurden die Schreibmaschinenamen als Streikbrecher benutzt. Die Nachrichten, daß der Streik beigelegt sei, scheinen nicht zutreffend zu sein, da noch am Mittwoch abend 300 Maschinenfeger beschloßen, den Ausstieg bis zum nächsten fortzusetzen. — Zu einem Streik der Arbeiter in Amsterdam ist es in Amsterdam gekommen. Die Entschädigung von 1,25 Gulden für die achtfünfstündige Arbeitszeit bei Erdarbeiten war den Arbeitslosen zu gering, so daß sie sich weigerten, die Maschinenarbeiten zu machen. — Die Bütcher in Nürnberg befinden sich in einer Tarifbewegung. Sie wünschen gegenüber dem abgelaufenen Tarif einige Verbesserungen, die jedoch von den Unternehmern abgelehnt wurden, weshalb die Arbeiter die Kündigung einreichten. — In Würzburg verlangen die Schneidergesellen einen neuen Tarif, der ihnen einige Verbesserungen garantiert.

**Die Lage des Arbeitsmarktes im Monat Dezember** wies in einer Reihe von Großindustrien weiter einen Rückgang auf. So hatte insbesondere der Ruhrkohlenmarkt eine weitere Abschwächung zu verzeichnen. Die Folge für den Arbeitsmarkt war die, daß der früher andauernd bestandene Arbeitermangel normalen Verhältnissen Platz machte. In allen Braunkohlenrevieren war die Lage durchsichtlich unbefriedigend. Vielfach mußten Freizeitsichten eingelegt werden; es herrschte demzufolge fast überall ein reichliches Angebot von Arbeitern. Die Hohensteinwerke arbeiteten überwiegend mit starken Betriebsbeschränkungen, so daß z. B. in Nordwestdeutschland das Angebot an Arbeitern die Nachfrage weit überstieg. Mehrliche Verhältnisse werden hinsichtlich des Arbeitsmarktes aus den Stahl- und Walzwerken sowie aus den Eisenbahngesellschaften berichtet. Am Eisenbahnbau baute die Lage weiter ab: im Zusammenhang damit war auch hier das Angebot an Arbeitern erheblich höher als die Nachfrage. In der elektrischen Industrie zeigte sich nach der Mehrzahl der eingegangenen Unterlagen eine Verschlechterung; die Verhältnisse auf dem Arbeitsmarkt waren insbesondere in den Großstädten ungünstig, wie bereits zu den Zeiten, als der Wirtschaftsgang selbst noch betriebliegend war. Die verschiedenen Zweige der Textilindustrie waren, von einzelnen Bezirken der Tuchfabrikation abgesehen, im wesentlichen immer noch ungenügend beschäftigt, so daß sich auch in dieser Industrie, wo früher Arbeitermangel geherrscht hatte, die Arbeitskräfte vielfach im Überfluß anboten. Die Lage in der chemischen Industrie wird nicht einseitig beurteilt, jedoch wies der Arbeitsmarkt überwiegend nach fast allen Richtungen einen großen Ueberschuß an Arbeitern auf.

Die im allgemeinen wenig günstige Lage des Arbeitsmarktes wurde im Monat Dezember durch eine Reihe von Saisonereignissen weiter geschwächt. So stante die Tätigkeit im Baugewerbe weiter ab, sie wurde an vielen Orten ganz eingestellt. Der Abschluß des Weihnachtsgeschäftes endlich brachte für eine Reihe von Gewerben große Ruhe, so vor allem für das Handelsgewerbe, einzelne Zweige der Nahrungs- und Genussmittelindustrie.

Der Rückgang des Beschäftigungsgrades im Vergleiche zum Vormonate geht auch aus den Nachweisungen der an das statistische Statistische Amt berichtenden Krankenkassen hervor. Am 1. Januar 1909 ergab sich gegen den 1. Dezember 1908 eine Abnahme der Beschäftigungsziffer von insgesamt 182 748 Mitgliedern; und zwar beträgt die Abnahme bei den männlichen 152 276, bei den weiblichen 30 472 Personen. Im Vorjahre zeigte sich vom 1. Dezember 1907 auf den 1. Januar 1908 eine geringere Abnahme von insgesamt 206 540 Mitgliedern und zwar 169 869 männlichen und 36 671 weiblichen Personen. Bei dem Vergleiche mit dem Vorjahre ist jedoch zu beachten, daß in fast allen Vormonaten insbesondere bei den männlichen Mitgliedern die Beschäftigungsziffern im Jahre 1908 ungünstigere Zu- oder Abnahmetende als im Jahre 1907 aufwiesen.

Ebenso zeigen auch die Ziffern der Arbeitslosen in deutschen Fachverbänden, die für das letzte Vierteljahr vorliegen, ein Steigen der Arbeitslosigkeit. Die Arbeitslosenziffern beliefen sich Ende der drei letzten Monate des Jahres 1908 auf 2,9 Prozent, 3,2 Prozent, und 4,4 Prozent gegenüber 1,6 Prozent, 1,7 Prozent und 2,7 Prozent am Ende der entsprechenden Monate des Jahres 1907. — Die Vermittlungsergebnisse der Arbeitsnachweise gestalteten sich fast durchweg ungünstiger als im Vormonate und im Vorjahre. — Die Verkehrseinnahmen aus dem Güterverkehr deutscher Eisenbahnen waren im Dezember 1908 um 5 346 373 Mk. niedriger als im gleichen Monat des Vorjahres; es bedeutet dies gegen das

Vorjahr eine Mindereinnahme von 147 Mk. oder 5,82 Prozent auf 1 Kilometer.

**Die Agrarier in Aachen.** Die Verhandlungen im Reichstage über die Beilegung der Bestrafung des Kontraktbruchs und die Verleihung des Koalitionsrechts an die landwirtschaftlichen Arbeiter scheinen den Agrariern gehörig in die Knochen gefahren zu sein. Ihr Organ, die „Deutsche Tages-Ztg.“ richtet an die Landwirte einen geharnischten Aufruf, in welchem sie auf die der Landwirtschaft drohenden „aller schwersten Gefahren“ aufmerksam macht.

„Leider haben sich gestern die Vertreter der nationalliberalen Partei und des Zentrums so geäußert, daß man nicht recht klar wird, ob sie von der Größe der Gefahr, die mit der Verleihung des Streikrechts an die Landarbeiter verbunden sein würde, den rechten Begriff haben. Wir möchten besonders die Bauernvereine des Reichens auf die Rede des Zentrums-abgeordneten Herold aufmerksam machen und sie auffordern, sorglich zu prüfen, ob diese Rede mit den Auffassungen der Landwirtschaft völlig übereinstimmt. Wir wissen, daß die Bauernvereine ebenso wie wir davon durchdrungen sind, daß das Streikrecht der Landarbeiter den Ruin der Landwirte und eine schwere Gefährdung der Volksernährung bedeuten kann. Um so mehr hat es uns gewundert, daß der Abgeordnete Herold sich in einer Weise äußerte, die mit dieser Ueberzeugung nicht recht vereinbar ist. Auch der nationalliberale Redner fand nicht die scharfen Worte der Zurückweisung, die hier unbedingt notwendig waren. Wir möchten deshalb die Landwirte überall in ihren eigenen Interesse dringend ermahnen, ihre Abgeordneten auf die gewaltige Wichtigkeit und Bedeutung gerade dieser Frage aufmerksam zu machen und bei Neuwahlen sich darüber zu verewähren, welche Stellung der Mandat zu einnimmt.“

So schlimm ist die Sache leider noch nicht. Wenn auch die Mehrheit des Reichstages für die Verleihung des Koalitionsrechts an die ländlichen Arbeiter sich ausgesprochen hat, so kann bebauertlicherweise in absehbarer Zeit kaum daran gedacht werden, daß diese natürliche Forderung erfüllt wird. Dafür sorgen schon die Junker, die ihren Einfluß bei der Regierung geltend machen. Allerdings kommen wird die Zeit, wo man das Koalitionsrecht auch für Vorkarbeiter als eine selbstverständliche Sache ansehen wird.

**Oberschlesisches Koalitionsrecht.** Vor einiger Zeit teilten wir mit, daß auf der Giechgrube in Schoppinitz 11 Steiger entlassen worden seien wegen ihrer Zugehörigkeit zum Bunde der technisch-industriellen Beamten. Wir haben damals die Nachricht mit einem gewissen Vorbehalt wiederholt. Jetzt erleben wir aus der „Frankfurter Zeitung“, daß die Mitteilung in jeder Beziehung den Tatsachen entspricht. Als am 17. Januar eine von Privatangehörigen als reichlich beinährte Protestversammlung in Königshütte eine Resolution angenommen hatte, in welcher erklärt wurde, daß man in der Entlassung eines Steigers wegen seiner Zugehörigkeit zu einer Berufsorganisation einen unzulässigen Eingriff in das Koalitionsrecht erblicke, wurde am anderen Tage ein anderer Steiger zum Generaldirektor Geheimrat Nibemann gerufen und aufgefordert, sofort aus dem Bunde auszutreten, oder seine Stellung zu verlassen. Der Steiger hat sich zunächst Weidenzeit aus, und als ihm diese verweigert wurde, gab er nach und versprach den Austritt aus der Organisation. Darauf erhielt er den dienlichen Auftrag, seinen Kollegen zu sagen, daß ihnen am nächsten Tage die gleiche Alternative gestellt werden würde. 16 Grubenbeamte sandten daraufhin an den Grubendirektor einen Brief, in dem sie erklärten, daß sie nach wie vor ihre ganzen Kräfte trennen in den Dienst der Grube stellen wollten, andererseits aber auch auf der Verbesserung ihrer staatsbürgerlichen Rechte bestehen müßten. Mit diesem Briefe in der Hand verammelte Geh. Rat Nibemann am nächsten Morgen die Beamten und stellte ihnen die Wahl, sofort zu gehen oder dem Bunde den Rücken zu kehren. Auf den Einwand des ersten, daß ihr Koalitionsrecht und ihre persönliche Freiheit gewahrt sein müßte, erklärte er, „Koalitionsrecht und persönliche Freiheit seien leere Phrasen“, und verwies den Beamten, die lange auf der Grube gedient haben, auf ihre entschiedene Weigerung hin, aus dem Bunde auszutreten, sofort den ferneren Aufenthalt auf der Grube. Er erklärte dabei in völliger Uebereinstimmung mit dem Grafen Redde, dem Vorfigenden des Repräsentantenkollegiums, zu handeln. Als von den 16 Beamten sich im ganzen 11 wieder durch Drohungen noch durch Schmeicheleien und Versprechungen von ihrer Organisation abbringen ließen, wurden 6 sofort entlassen, 5 zum nächsten Termin gekündigt.

Auch von der Tubensgrube, die der Königs- und Laurabütte gehört, soll ein Beamter, der im Bunde tätig war, ohne Angabe von Gründen entlassen sein. Das stärkste Stückchen aber ist, daß die Allgemeine Elektrizitäts-Gesellschaft in Berlin von den Mohlenmagazinen veranlaßt wurde, einen der Ingenieure ihres Kattowitzer Bureaus, der dort im Bunde tätig war, aus Kattowitz zu entfernen und an anderer Stelle zu beschäftigen.

Die Herren Kohlenbarone Oberdieleins haben danach merkwürdige Auffassungen von den staatsbürgerlichen Rechten. Man erblicke aber aus diesen Vorgängen, daß es unabweisbare Notwendigkeit ist, so schnell wie möglich eine Sicherung des Koalitionsrechtes zu schaffen, damit derartige ungeheuerliche Eingriffe in die staatsbürgerliche Freiheit unmöglich gemacht werden. Die technisch-industriellen Beamten aber werden durch solche Vorkommnisse mit aller Gewalt dahin gedrängt, daß sie sich einer starken Berufsorganisation anschließen. Wäre die Organisation unter dieser Angestelltenkategorie weiter verbreitet, so würden die Herren Grubenbesitzer es sich sicherlich, zehnmal überlegen, ehe sie sich derartige Uebergriffe erlauben.

**Tätigkeitsberichte der Ortsverbände über das Jahr 1908.**

**Ortsverband, Döbeln.**  
Der hiesige Ortsverband, welcher Ende 1907 aus 7 Vereinen mit 232 Mitgliedern bestand, zählt am Schlusse 1908 7 Vereine mit 300 Mitgliedern. Die grundsätzliche Tätigkeit des Verbandes wurde in 4 Verbandsausflügen, 3 kombinierten Vorstandssitzungen, 4 Verbandssammlungen und 1 außerordentlichen Verbandssammlung erledigt. In Anbetracht der Mitgliederzahl hätten aber mindestens 12 Verbandssammlungen besser befriedigt sein müssen. Um dieselben so reichlich und interessant wie möglich zu gestalten, waren von Seiten des Ausschusses 3 Referenten gewonnen worden. Den ersten Vortrag hielt Herr Lehrer Otto Döbeln über: „Das Wannheimer Schulsystem“, den zweiten Redakteur Lechner „Wahlfest über: „Ulfete Gewerkschaft“, und den dritten Kollege Berndt-Dresden über: „Ulfete Gewerkschaftsprogramme“. Den Referenten an dieser Stelle nochmals besten Dank.

Was die Pflege der Mitgliedschaft anbelangt, so wurden 3 große Feiern veranstaltet: Ein Ständchen, die Gedenkfeier anlässlich des 40jährigen Bestehens der Organisation mit einer Rede des Kollegen Berndt und eine Weihnachtfeier, verbunden mit Besprechung unserer Kinder. Obwohl diese Feste von unseren Mitgliedern, von Freunden und Bekannten und auch sehr stark von Uorganisierten besucht waren, haben sie den erhofften agitatorischen Erfolg leider nicht gehabt. Die Gewinnung neuer Mitglieder kann eben nur erfolgen durch Agitation von Mund zu Mund, von Haus zu Haus. Was des weiteren die Beteiligung an öffentlichen Angelegenheiten anbelangt, so haben wir hier zwei schöne Erfolge erzielt. Ist doch unter Vorführung Kollege R. Kiedel für das Jahr 1909 als Schlichter ausgeselgt und Kollege Schubert vom Ortsverein der Maschinenbau in Gersdorf bei Döbeln in den Gemeinderat gewählt worden.

In neuen Jahre, Kollegen, heißt es: Auf zur Agitation vor Haus zu Haus! Unterstützt den Ortsverband, die jeder seine Pflicht, dann wird unsere Bilanz für das Jahr 1909 besser werden.

P. Lauterbach, Sekretär.

**Ortsverband Gersdorf a. R.**  
Der Ortsverband erledigte seine Geschäfte in diesem Jahre in 4 Ortsverbandssammlungen, 4 Ausschuss- und 2 kombinierten Sitzungen. Ferner veranstaltete der Ortsverband einen Ausflug nach Gumbelshausen, wo auch die Heilbronner Kollegen sich eingefunden hatten. Auch hat der Ortsverband in diesem Jahre zwei Familien-Abende abgehalten. Bei der Bezirkskonferenz der Ortsverbände, welche in Karlsruhe stattgefunden hat, war auch der Ortsverband durch einen Delegierten vertreten. Auch hat sich der Ortsverband in einer Eingabe darum bemüht, daß auch Arbeiter als Schlichter gewählt werden. Einer unserer Kollegen wurde auch ausgeselgt.

Fernhard Böhm, Schriftführer.

**Ortsverband Halle a. S.**  
Das verfloßene Jahr war für das ganze deutsche Volk ein recht kritisches. Mangete es doch an Aufträgen in den verschiedenen Zweigen der Industrie, was allgemeine Arbeitslosigkeit und Herabsetzung der Löhne leider mit sich brachte. Dies war auch innerhalb der Stadt Halle zu merken. Dazu kam die zugespitzte politische Situation und die Tatsache, daß die Massen der Organisationen, resp. die Krankenkassen sehr in Anspruch genommen wurden, und endlich mußte man wahrnehmen, daß die Arbeiter trotz der schlechten wirtschaftlichen Lage sich nicht überzeugen können, sich zu organisieren.

Der Ortsverband erledigte seine Geschäfte in insgesamt 11 Sitzungen. Am 21. August fand anlässlich des Delegiertenkongresses der Arbeit- und Vorkarbeiter eine öffentliche Gewerkschaftersammlung statt, in welcher der Verbandsvorsitzende Kollege Goldschmidt über „Weltanschauung und Arbeiterbewegung“ sprach. Weiter fanden 7 Ortsverbandssammlungen statt, und zwar am 5. Januar mit einem Vortrage über das preussische Landtagswahlrecht und die Wahlfest in den deutschen Bundesstaaten. Referent war Herr Dr. Wichmann. Am 15. März wurde ein Vortrag über Wohnungs- und Bodenreformen von

Herrn cand. jur. Zollmann gehalten. Nach diesem Vortrage beschloß der Ortsverband seine Mitgliedschaft bei dem Bund der Bodenreformer. Der 29. März brachte uns das Thema: „Die Aufgaben der Stadt Halle“. Dieses Thema behandelte in meisterhafter Weise Herr Dr. Widmann über die Landtagswahlen. Das Bandern ist im Sommer leicht und schon. Deshalb fand am 1. August eine Ortsverbandversammlung mit der Wahl des Vorstandes und anderen Dingen. Endlich fand am 8. Dezember eine Protestversammlung gegen die geplanten neuen Reichsteuern statt, in welcher Kollege Leicher und der Parteisekretär Krad die Referate übernommen hatten. Außerdem veranstaltete der Ortsverband 3 Vortragsabende. Am ersten führte uns Herr Ingenieur Gores in das Gebiet der Zauerei ein; der zweite wurde ausgefüllt mit einem Vortrag des Herrn Lehrer Kirsten-Weisenfels, über die Frau als Gattin, Mutter und Hausärztin. Der Frauenrechtskongress und der Rechtschutz der Frauen war das Thema, welches die ausgezeichnete Stämpferin für das Frauenrecht, Frau Justizrat Pennewitz, am dritten Abend zu Gehör brachte.

Eingaben richtete der Ortsverband erstens an den Magistrat um Notstandsarbeiten; dieselbe war von Erfolg begleitet; zweitens an das Herren- und Abgeordnetenhause wegen Einführung des allgemeinen, geheimen, gleichen und direkten Wahlrechts, drittens an den deutschen Reichstag zwecks Verstaatlichung des Vergahaus, ferner um Zulassung der Frauen als Schöffen und Geschworene, und Gewährung des passiven und aktiven Wahlrechts an das weibliche Geschlecht bei den Gemeinderatswahlen. Der Bund der Metallindustriellen wurde angegangen um Einführung von Sommerurlaub. Darauf wollten die Metallindustriellen eingehen, sobald die Lage eine bessere geworden ist.

An Feiertagen wurden gefeiert ein Unterhaltungsabend, ein kleines Sommerfest und das 40jährige Weichen der Deutschen Gewerkschaften. Weiterhin feierte im Oktober die Gewerkschaftsleiterin ihr 25jähriges Weichen, wogu fast alle Verbandskollegen erschienen waren.

Seider wurde der Ortsverband dieses Jahr oft in tiefe Trauer verfiel. Der unerbittliche Tod riß aus unserer Mitte die Kollegen Seidrich, Hertel, Richter, Dröge, Haase, Raaje und Gierbeck. Möge diesen Getreuen die Erde leicht sein! Durch Fortzug von Halle verloren wir die beiden tüchtigen und eifrigen Kollegen Herberger und Sammlig, die stets und gern für die deutsche Gewerkschaftskämpften. Ihre Namen und ihr Wirken werden wir nie vergessen.

Verbandskollegen! Der 16. Verbandstag hat den Beschluß gefaßt, daß sich die Gewerkschaftskollegen mehr an öffentlichen Angelegenheiten beteiligen sollen. Deshalb verlangen wir, daß Ihr mit dem neuen Jahre Euch Mann für Mann in diesem Sinne betätigt. Der Preis ist wahrlich nicht gering. Treich auf zur Tat. Wer wagt, der gewinnt.

Unter dem Titel „Deutsche Gewerkschaftszeitung“ erscheint seit diesem Jahre unsere vor einigen Jahren mit großen Hoffnungen gegründete „Mitteldeutsche Volkzeitung“. Dafür zu sorgen, daß diese von allen Kollegen abonniert, gelesen und von den Ortsvereinen nach jeder Richtung hin unterstützt wird, ist die heiligste Aufgabe des Ortsverbandes, und so hoffen und wünschen wir, daß die „Deutsche Gewerkschaftszeitung“ überall Eingang findet. Unser Ortsverband kann dabei nur gewinnen; denn er braucht in guten und bösen Tagen eine Presse, auf die er bauen und sich stützen kann.

V. Leicher.

### Ortsverband Oberhausen u. Umgegend.

Die Geschäfte des Ortsverbandes wurden erledigt in 8 Vertreterversammlungen und 3 Ortsverbandversammlungen. Das Hauptaugenmerk war am Anfang des Jahres auf die Errichtung eines Arbeitersekretariats gerichtet. Die Ausführung dieses Planes mußte jedoch aufgeschoben werden, weil es nicht möglich war, die erforderlichen Mittel aufzubringen. Auch die Gründung eines Distriktsverbandes war erfolglos, weil der Versuch zu schwach war. In den Versammlungen wurden zwei Referate vom Kollegen Schmidt gehalten über „Die wirtschaftliche Krise“ und „Weltanschauung und Arbeiterbewegung“. Am 11. Oktober feierte unser Ortsverband das 40jährige Weichen unserer Organisation durch einen Festkommers. Während desselben hielt Kollege Schiller einen Vortrag über „Die Entstehung sowie Zweck und Ziele des Gewerkschafts“. Am 13. Dezember wurde eine öffentliche Vergarbeiterversammlung abgehalten, die gut besucht war. In derselben referierte Kollege Schmidt über „Das große Grubenunglück auf Zeche Rabbob. Wo liegen die Schuldigen, und welche Lehre ziehen wir aus der Katastrophe?“ Ueber unsere Bemühungen auf Heranziehung von Gewerkschaftern als Schöffen und Geschworene können wir noch keine Auskunft geben, hoffen aber, daß unser Wunsch nicht unerhört bleibt. Der Ortsverein der Maschinbauern-Stertrade wurde für den Ortsverband gewonnen. Am Schlusse des Jahres zählte somit der Ortsverband 12 Ortsvereine mit 546 Mitgliedern. Hoffentlich sind auch im neuen Jahre alle Kollegen auf dem Posten, denn nur dann kann und wird ein Fortschritt erzielt werden.

Joseph Böck, Schriftführer.

### Gewerkschafts-Teil.

**§ Sommerfeld.** Um auch am diesigen Orte einen Ortsverein der Eisenbahner (S.-D.) zu gründen, wurden seit einigen Wochen die nötigen Vorbereitungen getroffen. Flugblätter wurden verteilt und Vespredungen abgehalten, bis endlich die Gründung vollzogen werden konnte. Zum 25. Januar wurde eine Versammlung einberufen, die vom Vorhingen des Ortsvereins der Maschinbauern, Kollegen Stichel, geleitet wurde. Derselbe erläuterte eingehend und sachlich die Zwecke und Ziele der Deutschen Gewerkschaft, besonders des Gewerkschafts der Eisenbahner und bestrach auch das Statut derselben. Eine recht lebhafte Debatte schloß sich den Ausführungen an, an welcher sich einige anwesende Mitglieder des Rierischen Verbandes und Kollege Krüger vom Ortsverein der Ziegler beteiligten. Zum Schluß wurde ein Ortsverein der Eisenbahner (S.-D.) gegründet. Die Zeitung liegt in guten Händen und berichtigt zu den besten Hoffnungen. Zu bemerken ist noch, daß die Rierische Verband hierorts mit 60 Prozent zurückgegangen ist. Auch den Kollegen Gehmann und Meißel, die ebenfalls ihr Teil zur Gründung mit begetragen haben, sei für ihre Mitarbeit gedankt.

**§ Worms.** Am 17. Januar fand hierseits eine Bezirkskonferenz der Ortsverbände Frankfurt a. M., Worms und Mainz statt zu es Gründung eines Arbeitersekretariats. Vom geschäftsführenden Ausschuss war Kollege Erkelenz als Referent erschienen, der nach Erklärung der geschäftlichen Formalitäten ein ausführliches Referat über den Zweck und den Nutzen eines Arbeitersekretariats, seine Einrichtung und die damit verbundenen Kosten erstattete. Der Vortrag wurde von sämtlichen Anwesenden mit lebhaftem Beifall entgegengenommen. Die anwesenden Delegierten gaben im Anschluß daran einstimmig ihre Erklärung dahin ab, daß sie für die Errichtung des Sekretariats eintreten und die entstehenden Kosten zu tragen gewillt sind. Daraufhin wurde die Gründung beschlossen, und soll das Sekretariat am 1. März d. Zs. eröffnet werden. Sodann wurde eine

Kommission gewählt, der Kollegen aus allen drei beteiligten Ortsverbänden angehören; zum vorläufigen Geschäftsführer wurde Kollege Solowjew-Frankfurt a. M. gewählt. Die Ausschreibung der Stelle soll im „Gewerkschaft“ erfolgen. (Dies ist inzwischen erfolgt. Die Red.) Jeder Bewerber muß mit allen im Sekretariat vorfindenden Arbeiten durchaus vertraut und mindestens 5 Jahre Mitglied eines Gewerkschafts sein. Die Bewerbungsförmeln sind bis zum 12. Februar an den Kollegen Solowjew, Frankfurt a. M., Koblenzstr. 26, zu richten. Es nadmittags 2 Uhr konnte der Vorsitzende die Konferenz mit dem Wunsche schließen, daß das Arbeitersekretariat blühen und gedeihen und dem Gewerkschaftsgebanken den Boden eben möge. Karl Adolf Eulenbruch, Schriftführer.

### Verbands-Teil.

#### Versammlungen.

**Berlin. Distriktsklub der Deutschen Gewerkschaften (S.-D.).** Verbandsklub der Deutschen Gewerkschaften, N.O., Greifswalderstraße 221/223. Mittwoch, 3. Februar, abends 8 1/2 Uhr, Vortrag des Kollegen Lewin über: „Die Frauenfrage“. Gäste herzlich willkommen. **Gewerkschafts-Liebesfest (S.-D.).** Jeden Donnerstag, abds. 9 bis 11 Uhr, Liebungsfunde im Verbandsklub der Deutschen Gewerkschaften (Grüner Saal). Gäste sind herz. willkommen. **Distriktsklub Noabst.** Sitzung jeden Freitag, abends 8 1/2 Uhr, bei Madam, Waldstraße 33. **Leipzig. Deutsche Handelschiffahrtsarbeiter-Vereinigung.** Die Versammlungen finden jeden Sonnabend nach dem 1. jedes Monats im Restaurant „Zum letzten Keller“, Eibenau, Eigenstraße, statt.

#### Orts- und Bezirksverbände.

**Berne (Ortsverband).** Jeden 1. und 8. Sonntag im Monat, nachm. von 4-5 1/2 Uhr, im lokale des Herrn Wihl. Schulte-Mattler, Distriktsklub. **Hagen (Distriktsklub).** Jeden 2. und 4. Sonntag im Monat, abends 8 1/2 Uhr, Distriktsklub bei Sehafter, Gde. Hansemannplatz u. Jülicherstr. **Hamburg (Ortsverb.).** Jeden Mittwoch, ab. 8 1/2 Uhr präz., in Hittmanns Hotel, Boollstr., Distriktsklub. **Dresden (Distriktsklub).** Die Sitzungen finden regelmäßig jeden Dienstag abends 8 1/2 Uhr im Sanderbräu, Webergasse 28, statt. Gäste willkommen. **Brandenburg a. H. (Distriktsklub).** Die Sitzungen finden jeden 1. und 8. Freitag im Monat, ab. 8 1/2 Uhr, statt. **Hagen a. M. (Distriktsklub).** Seit jeden Donnerstag, abends Punkt 8 1/2 Uhr, Sitzung bei Strahmayer, Kirch- und Bergstraße-Ed. **Köln (Distriktsklub).** Sitzung jeden Donnerstag, abends 9 Uhr im Restaurant „Bater Koping“, Eitzergasse. **Hamburg (Distriktsklub).** Jeden 2. und 4. Mittwoch im Monat bei Pectom, Kaiser Wilhelmstraße. **Waisburg (Ortsverband).** Jeden Montag, abends 8 1/2 bis 10 1/2 Uhr, Distriktsklub bei R. Eisenburger, Banthelstraße. **Mährische-Mähr (Ortsverband).** Jeden zweiten Sonntag im Monat, vorm. 10 Uhr, Vertreterprüfung beim Wirt Joh. Müller, Sandstraße 88. **Cottbus (Distriktsklub).** Sitzung jeden 2. und 4. Dienstag im Monat bei Kovel, Vertirstr. 120. **Leipzig (Gewerkschafts-Liebesfest).** Die Liebungsfunde finden jeden Mittwoch abends 9 bis 11 Uhr im Vereinslokal „Stadt Hannover“, Seeburgstraße 25, statt. Gäste und stimmungsbegabte Mitglieder sind herzlich willkommen. **Lüdensfeld (Ortsverband).** Jeden 2. Sonntag, nachmittags 5 Uhr, und jeden letzten Mittwoch im Monat, abends 8 1/2 Uhr, Distriktsklub im lokale des Herrn Feinger. **Weihenfels a. S. (Gewerkschafts-Abteilung der Gewerkschaften).** Liebungsfunde jeden Dienstag, abends 8-11 Uhr im Vereinslokal „Schweizerhaus“, Schützenstraße. Gefangene Gewerkschaftskollegen stets willkommen. **Hannover-Linden u. Umgegend (Ortsverband).** Sonntag, 7. Februar, morgens 9 1/2 Uhr, Ausschussprüfung in der Königsworth, Bühlstraße 12. Um pünktliches Erscheinen sämtlicher Betreiter wird ersucht.

### Anzeigen-Teil.

Inserate werden nur gegen vorherig. Bezahlung aufgenommen.

**Verbandsbureau der Deutschen Gewerkschaften.**  
 Einz. unser Bureau sind folgende Schriften zu beziehen:  
**Buchschrift zum 70. Geburtstag des Anwalts von Karl Gahn und Karl Goldschmidt.** Preis 10 Pfg.  
**Anspruchsbild des Verbandsanwalts Dr. Max Hirsch.** 160x280 mm. Preis 50 Pfg.  
**Zeitschriften zum Gewerbegerichtsgesetz von Dr. Max Hirsch.** Preis 80 Pfg.  
**Der gesetzliche Arbeiterschutz im Deutschen Reich von Dr. Max Hirsch.** Preis 80 Pfg.  
**Geschichte der Deutschen Gewerkschaften von Karl Goldschmidt.** Der Preis der Schrift beträgt 80 Pfg.; für Gewerkschaftler 1 Exmplar 50 Pfg., 10 Exemplare 4 Mk., 20 Exemplare 7 Mk., 30 Exemplare 9 Mk. und 50 Exemplare 12,50 Mk.  
**Die Arbeiterfrage und die Deutschen Gewerkschaften.** — Buchschrift zum 25 jährigen Jubiläum der Deutschen Gewerkschaften (Hirsch-Länder) von Dr. Max Hirsch. Preis 1 Mark.  
 Auch alle anderen volkswirtschaftlichen Schriften und Gesetzbücher, wie auch Bücher und Schriften jeder anderen Art für die Vereinsbibliotheken, sind zum Buchhandlungspreise durch das Verbandsbureau zu beziehen.  
 Der Bestellung bitten wir stets den Geldbetrag beizufügen, da anderenfalls der Auftrag durch Rücknahme erledigt wird.  
 Geldsendungen sind immer zu richten an den Verbandskassierer Rudolf Klein, Berlin N.O. 55, Greifswalderstr. 221/23.  
**Das Bureau des Zentralrats.**  
 Rudolf Klein.

**Fahnen, Vereinsabzeichen, Schärpen, a. d. G. d. St. u. d. Th. Berkop, Oppeln.**  
**Fidelitas.**  
 Zeitschrift, enth. Lustspiele, Soloaussetzungen, Complets (mit Musik), kom. Vorträge u. dgl. Monatl. 1 Heft, Halbjährl. 2 Mk., Probeheft entb. 8 Stücke 40 Pfg. franko. Probeband mit 25 Stücken 1 Mk.  
 C. A. Koch's Verlag, Dresden 14 bg.  
**Prinzenan (Ortsverb.).** Durchreisende Kollegen erhalten 75 Pfg. Unterstüzung, Markenausgabe beim Kollegen P. Sappelt, Markt 8.  
**Ulrich (Rabbit- und Handarbeiter).** Durchreisende Gewerkschaftskollegen erhalten Abendrot, Richtigkeits, Kaffe- und Frühstück. Bedienungskarten beim Kassierer G. Claußen, Kolonnenstr. 32.  
**Stettin (Ortsverband).** Durchreisende Kollegen erhalten Begleiterin im Werte von 1,20 Mk. beim Kollegen Emil Schmidt, Stettin, Bollwerk 22 im Euden. Die Verbandsuhrberge befindet sich Elisabethstraße 49 (Jägers Gastwirtschaft).

Zur Anschaffung bringen zu empfehlen sind die Schriften des Verbandsvorsitzenden, Kollegen Karl Goldschmidt:  
**Weltanschauung und Arbeiterbewegung.**  
 Ein Wort der Aufklärung an die deutschen Arbeiter und alle wahren Volkfreunde.  
 Für Mitglieder beträgt der Einzelpreis pro Stück 10 Pfg., 10 Exemplare kosten 80 Pfg., 50 Exemplare 3,50 Mk., 100 Exemplare 6 Mk., 200 Exemplare 10 Mk., 500 Exemplare 25,50 Mk., 1000 Exemplare 45 Mk.  
**Das Vereinsrecht für das Deutsche Reich.**  
 Ein Leitfaben für die Benutzung des deutschen Vereinsrechts vom 15. Mai 1908.  
 Preis pro Exemplar für Mitglieder 80 Pfg., 6 Stück kosten 1,50 Mk., 12 Stück 2,65 Mk., 20 Stück 4 Mk.  
 Bei Bestellungen, die an den Verbandskassierer Rudolf Klein, Berlin N.O. 55, Greifswalderstr. 221/23 zu richten sind, ist der Betrag mitzuführen. Die Bestellung kann auf dem Postanweisungsbahnchnitt erfolgen.